

Häufig gestellte Fragen (FAQs) zu den Agrargesetzen

F1. Warum protestieren die Bauern in Indien?

Die Proteste der Bauern beziehen sich auf zwei neue Gesetze, die das indische Parlament im September 2020 verabschiedet hat: (i) den Farmers' Produce Trade and Commerce (Promotion and Facilitation) Act 2020 oder FPTC Act, und (ii) den Agreement on Price Assurance and Farm Services Act 2020 oder APAFS Act; sowie die vorgenommene Änderung des Essential Commodities Act 1955 (ECA).

F2. Was bringen die neuen Gesetze mit sich?

i. Das erste Gesetz, der FPTC Act, bietet Landwirten die Wahl, ihre Produkte innerhalb der staatlich regulierten physischen Märkte, die vor der Verabschiedung des Gesetzes existierten, oder außerhalb davon zu verkaufen; an private Kanäle, Integratoren, Farmer-Produzenten-Organisationen oder Kooperativen über einen physischen Markt oder auf einer elektronischen Plattform; und direkt auf der Farm oder anderswo. Im Wesentlichen bietet das Gesetz den Landwirten mehr Möglichkeiten, ihre Produkte zu verkaufen.

ii. Das zweite Gesetz, das APAFS-Gesetz, ist eine vereinfachte und verbesserte Version des Vertragslandwirtschaftsgesetzes [Modellgesetz "TheState/UT Agricultural Produce and Livestock Contract Farming and Services (Promotion & Facilitation) Act 2018], das von 20 indischen Staaten übernommen wurde. Die Vertragslandwirtschaft dient als eine Form der Preissicherung. Das neue Gesetz soll interessierte Landwirte gegen Markt- und Preisrisiken absichern, so dass sie sich für den Anbau hochwertiger Nutzpflanzen entscheiden können, ohne sich um den Markt und niedrige Preise in der Erntesaison sorgen zu müssen.

iii. Die dritte Reform beinhaltet eine Änderung des Essential Commodities Act (Gesetz zu Essentiellen Rohstoffen) und legt transparente Kriterien in Bezug auf die Preisauslöser fest, die hinter den Entscheidungen der Regierung zur Regulierung der Versorgung mit essentiellen Rohstoffen unter außergewöhnlichen Umständen stehen. Dies beseitigt die Willkür bei der Inanspruchnahme des Gesetzes.

F3. Warum waren die neuen Gesetze/ Änderungen erforderlich? Wie war die Situation vor der Verabschiedung der neuen Gesetze?

Die Landwirtschaft ist ein vorrangiger Sektor für Indien. Sie trägt etwa 17% zur indischen Bruttowertschöpfung bei und ist die größte Quelle für den Lebensunterhalt in Indien.

Die Reform des Agrarmarketingsystems ist ein andauernder Prozess, der über alle Parteigrenzen hinweg als notwendig erachtet wird. Diese Maßnahmen erfüllen diesen langjährigen Bedarf.

Einige der Probleme, die den Sektor plagten und die mit diesen Reformen angegangen werden sollen, sind die folgenden:

i. Der frühere gesetzliche Rahmen sah vor, dass die Landwirte ihre Produkte nur auf den von der Regierung des Bundesstaates bestimmten Märkten, den Märkten des Agriculture Produce Marketing Committee (APMC), verkaufen durften.

ii. Fragmentierte und unzureichende Märkte: Jeder dieser APMC-Märkte funktionierte als separate Einheit, was den inner- und zwischenstaatlichen Handel behinderte. Gleichzeitig gab es nicht genügend Märkte, um mit den wachsenden Produkten zu handeln.

iii. Beschränkung bei der Lizenzvergabe: Der Zugang zu den APMC-Märkten als lizenzierter Vertreter war eingeschränkt, was den Wettbewerb behinderte und die Kartellbildung förderte.

iv. Hohe Vermittlungskosten: Steuern, verschiedene Provisionen und ein fragmentiertes System führten zu hohen Vermittlungskosten, die die Kosten für die Verbraucher in die Höhe trieben, während sie die Preise für die Landwirte drückten.

v. Informationsasymmetrie: Den Landwirten fehlten oft Marktinformationen, die ihnen von Händlern und Kommissionären vorenthalten wurden.

vi. Unzureichende landwirtschaftliche Infrastruktur: Trotz Marktsteuern blieb die Infrastruktur auf den Märkten unterentwickelt und nicht auf moderne Lieferketten abgestimmt. Eine veraltete und unzureichende landwirtschaftliche Infrastruktur führte zu hohen Nachernteverlusten, die 2014 auf über 12 Mrd. USD geschätzt wurden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das politische Umfeld Investitionen des Privatsektors in die Kühlkette der Landwirtschaft verhindert hat.

vii. Vertragsanbau gab es bereits früher in einigen Staaten, aber diese Staaten hatten ihre eigenen Gesetze zu diesem Thema. Ein nationaler Rahmen für die Vertragslandwirtschaft fehlte. Mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes wird die Vertragslandwirtschaft nun auf nationaler Ebene zu günstigen Bedingungen für die Landwirte ermöglicht. Es bietet den Landwirten auch eine Preissicherheit noch vor der Aussaat und ermöglicht ihnen den Zugang zu moderner Technologie und anderen Betriebsmitteln.

Es hat auch das komplizierte System der Registrierung/Lizenzierung, Kautionen und anderer Maßnahmen zur Einhaltung von Vorschriften, die für die Vertragslandwirtschaft in verschiedenen Bundesstaaten erforderlich sind, beseitigt und einen rechtlichen Rahmen für Vereinbarungen zwischen Landwirten und Sponsoren geschaffen.

F4. Was sind die Ziele der genannten Reformen?

Die Reformen zielen darauf ab, den Landwirten eine verbesserte landwirtschaftliche Vermarktung zu ermöglichen, um das Ziel der Verdoppelung des Einkommens der Landwirte zu erreichen. Einige der Vorteile sind:

- i. Die Bauern werden die Freiheit haben, ihre Produkte zu verkaufen, an wen sie wollen und wo sie wollen - auf dem APMC-Markt oder an jeden anderen Käufer.
- ii. Die APMC-Märkte werden dem Wettbewerb mit anderen Märkten ausgesetzt sein, was sie dazu veranlasst, ihre eigene Funktionsweise zu verbessern, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies wird zu besseren Erträgen für die Bauern führen.
- iii. Die Landwirte werden nicht mehr verpflichtet sein, Marktgebühren, Steuern und Abgaben auf ihre Produkte zu zahlen, wodurch sich ihre Einkünfte verbessern.
- iv. Die Landwirte werden in die Lage versetzt, Zugang zu modernen Produktionsmitteln, Dienstleistungen und Schutz vor Preisrisiken zu erhalten.
- v. Die Änderung des Essential Commodities Act wird private Investitionen anziehen.
- vi. Die Anreize für Investitionen des Privatsektors in der gesamten Kühlkette werden angeglichen.
- vii. Erhöhte Investitionen in den Sektor und die Entwicklung der Infrastruktur werden Nachernteverluste reduzieren, die Entlohnung durch Klassifizierung und Sortierung verbessern und die Verbindungen zu Endmärkten in der Lebensmittelverarbeitung, im Einzelhandel und im Export fördern.

F5. Wenn die Gesetze für die Bauern von Vorteil sind, warum protestieren sie dann?

Die Landwirte protestieren gegen die Bestimmungen dieser Gesetze, da sie befürchten, dass der Einkauf im Rahmen des Systems des Minimum Support Price (MSP) abgeschafft werden könnte. Darüber hinaus befürchten sie, dass sie großen Konzernen/Händlern ausgeliefert sein werden, die sie ausbeuten und ihnen ihr Land wegnehmen könnten.

F6. Werden die derzeitigen Reformen Auswirkungen auf den Einkauf im Rahmen des MSP-Systems haben?

Das MSP-System bleibt bestehen. Das neue Gesetz wird sich nicht nachteilig auf den MSP auswirken. Der Kauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Rahmen des MSP-Systems erfolgt über staatliche Stellen, woran sich durch dieses Gesetz nichts ändert. Der Einkauf von Landwirten unter dem MSP-System ist die oberste Priorität der Regierung und wird es auch weiterhin sein.

F7. Wird sich das neue Gesetz auf die Funktion der APMCs auswirken?

Das neue Gesetz soll das staatliche APMC-Gesetz nicht ersetzen und hat keine Auswirkungen auf die Funktion der APMC-Märkte. Die APMCs werden weiterhin die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte innerhalb der Grenzen der Markthöfe regulieren. Gemäß Ihrer Vorschriften können Sie innerhalb der Mandi Marktgebühren erheben.

Das Gesetz bietet den Bauern lediglich zusätzliche Vermarktungsmöglichkeiten außerhalb der bestehenden APMCs. Beide Gesetze werden im gemeinsamen Interesse der Landwirte nebeneinander bestehen.

F8. Wie wird das Gesetz über den Vertragsanbau sicherstellen, dass die Bauern nicht von Händlern ausgebeutet werden- insbesondere wenn die Bauern durch den Vertragsanbau gebunden sind?

Das Gesetz sieht ausreichende und durchdachte Mechanismen zum Schutz der Interessen der Landwirte vor. Es schreibt einfache, zugängliche, schnelle und kostengünstige Streitbeilegungsmechanismen für Bauern gegenüber Händlern vor, um skrupellose Handlungen zu verhindern und einzudämmen.

Darüber hinaus wurden zur Eindämmung von Fehlverhalten abschreckende Strafbestimmungen für Händler eingeführt. Diese Bestimmungen wirken abschreckend gegen betrügerische Motive und sichern so die Zahlungen an die Landwirte.

Das Vertragslandwirtschaftsgesetz verlangt von keinem Landwirt den Abschluss einer verbindlichen Vereinbarung, die Entscheidung bleibt allein dem Landwirt überlassen. Außerdem verbietet das Gesetz eindeutig jede Übertragung, einschließlich Verkauf, Verpachtung und Hypothek des Landes oder der Räumlichkeiten des Landwirts, und stellt sicher, dass es Käufern/Sponsoren untersagt ist, Eigentumsrechte zu erwerben oder dauerhafte Veränderungen auf dem Land des Landwirts vorzunehmen.

Landwirte können jederzeit vom Vertrag zurücktreten, ohne eine Vertragsstrafe zahlen zu müssen.

F9. Sieht das Gesetz eine Preisgarantie für Landwirte vor?

Das Gesetz besagt eindeutig, dass der Preis der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Landwirtschaftsvereinbarung selbst genannt wird, wodurch sich Preisgarantie ergibt. Es besagt auch, dass die Vereinbarung auch im Fall von Preisschwankungen ausdrücklich einen garantierten Preis für diese Produkte vorsieht. Hält der Vertragsnehmer die Vereinbarung nicht ein und leistet keine Zahlung an den Landwirt, kann sich die Strafe auf das Anderthalbfache des geschuldeten Betrags belaufen.

F10. Können Unternehmen den Landwirten im Rahmen des Vertragsanbaus Land oder Vermögenswerte gewaltsam wegnehmen?

Die Vertragslandwirtschaftsvereinbarung zwischen dem Landwirt und dem Unternehmen gilt nur für die Ernte und NICHT für das Land. Die neuen Gesetze sehen nicht vor, dass die Landwirte das Land in irgendeiner Weise an die Sponsoren oder die Unternehmen verpachten können. Das Gesetz verbietet es dem Sponsor ausdrücklich, Eigentumsrechte zu erwerben oder dauerhafte Änderungen am Land vorzunehmen. Die Befürchtung, dass Unternehmen oder Sponsoren den Bauern Land oder Vermögenswerte wegnehmen, ist daher unangebracht.

F11. Gab es schon früher Versuche, das indische Agrarmarketing-System zu reformieren?

Seit mehr als zwei Jahrzehnten gibt es Versuche, das Agrarmarketing-System zu reformieren. Expertenausschüsse, interministerielle Arbeitsgruppen, Kommissionen, Gruppen von Landwirtschaftsministern und Regierungschef der Bundesstaaten haben die Beobachtung gemacht, dass das System des Agrarvertriebs sich als abschreckend für Landwirte, Handel und Industrie erwiesen hat. Es wurde jedoch festgestellt, dass die Regierungen der Bundesstaaten die Agrarreformen nicht wie vorgesehen umgesetzt haben. Die Unionsregierung erließ das Modellgesetz über den Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Viehzucht (Model Agriculture Produce Livestock Marketing Act, 2017) und das Modellgesetz über Vertragslandwirtschaft (Model Contract Farming Act, 2018), die von den Staaten verabschiedet werden sollten, doch der Reformprozess war stückweise und kosmetischer Natur.

F12. Warum war ein neuer Ansatz erforderlich?

Vom Defizitmanagement zum Überschussmanagement: Da sich Indien von einer Nahrungsmitteldefizit-Nation zu einer Nahrungsmittelüberschuss-Nation entwickelt hat, musste sich der Fokus der Politik vom Defizitmanagement zum Überschussmanagement verlagern. Die früheren Reformversuche, die von den Bundesstaaten verlangten, die Führung bei der Einführung von Gesetzesänderungen in ihren eigenen APMC-Gesetzen zu übernehmen, trugen wenig Früchte. Die Landwirtschaft blieb ein staatliches Thema, während der zwischenstaatliche Handel auf der Unionsliste stand.

Ein neuer Ansatz war nötig, um Indiens Agrarmärkte zu erschließen und das Ziel, das Einkommen der Bauern zu verdoppeln, zu verwirklichen. Daher wurde die Entscheidung getroffen, die Vermarktung der Landwirtschaft außerhalb der notifizierten Märkte zu deregulieren, die Vertragslandwirtschaft zu fördern und den Essential Commodities Act zu ändern. Ergänzend zu diesen Reformen wurde ein Fonds für landwirtschaftliche Infrastruktur in Höhe von 1 Billion Rupien (ca. 11 Mrd. Euro) eingerichtet, um die Infrastruktur in der Nähe der landwirtschaftlichen Betriebe zu schaffen.

Neben den Investitionen in die Infrastruktur wird auch die Kollektivierung der Landwirte durch Farmer Producer Organisations (FPOs)/Farmer Producer Companies (FPCs) vorangetrieben, um ihre Verhandlungsposition zu verbessern.

F13. Wer sind die protestierenden Bauern?

Berichten zufolge protestieren Landwirte aus 500 Bauernverbänden unter einem gemeinsamen Banner namens *Samyukta Kisan Morcha* in Indien. Die Zahl der protestierenden Landwirte würde in die Tausende gehen und nicht 250 Millionen, wie von einigen Medien berichtet. Der Protest findet nicht im ganzen Land statt - er ist hauptsächlich auf die nördlichen Teile Indiens, rund um Delhi, beschränkt. Die Proteste sind friedlich verlaufen, und es gab keine mit diesen Protesten verbundene Störung von Recht und Ordnung.

F14. Was unternimmt die indische Regierung zur Lösung des Problems?

Die Regierung hat sich regelmäßig mit den Landwirten zusammengesetzt, um auf ihre Sorgen einzugehen und gütliche Lösungen zu finden. Es fanden fünf Gesprächsrunden zwischen der Regierung und der Bauerndelegation unter dem Banner der *Samyukta Kisan Morcha* statt. Eine Delegation von Anführern der Landwirte unter dem Banner von *Samyukta Kisan Morcha* hat sich am 8. Dezember 2020 auch mit dem Innenminister getroffen.

(10. Dezember 2020)